



Entscheidung und Begründung der Jury

Die Jury hat entschieden, den Göttinger Friedenspreis 2021 zu gleichen Teilen zu vergeben an

- Mechthild Thürmer
Äbtissin der Benediktinerinnenabtei Maria Frieden Kirchletten in Zapfendorf (Oberfranken)
- die Bewegung "Seebrücke" mit ihrer Kampagne "Sichere Häfen" - vertreten durch die Lokalgruppe Göttingen der "Seebrücke" und
- den Marburger Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Die Preisträger werden ausgezeichnet für ihr Engagement für sichere Fluchtwege und eine gesicherte Aufnahme von Menschen, die versuchen, aus lebensbedrohlichen Gewaltsituationen (Kriege und Bürgerkriege; Vertreibung; Folter; Verfolgung aus politischen, ethnischen, religiösen und anderen Gründen; existentielle wirtschaftliche Not) über das Mittelmeer und andere Routen nach Deutschland und in andere europäische Staaten zu gelangen und dort Aufnahme und Schutz zu finden.

Äbtissin Mechthild Thürmer ist angeklagt vor dem Amtsgericht Bamberg, weil sie im Jahr 2018 eine Eritreerin, die nach Italien abgeschoben werden sollte, in ihrer Abtei ins Kirchenasyl aufgenommen hatte. Die Staatsanwaltschaft wirft Thürmer "Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt" vor und ermittelt gegen sie zudem wegen weiterer Fälle, in denen sie Flüchtigen „illegal“ Kirchenasyl gewährt hatte. Das Amtsgericht droht der Äbtissin mit einer „empfindlichen Freiheitsstrafe.“ "Als Christin stehe ich in der Pflicht, Menschen in der Not beizustehen“, begründet Thürmer das von ihr gewährte Kirchenasyl. "Ich habe mir vorgestellt, dass Jesus das auch so gemacht hätte, um Menschen zu helfen, die Schutz suchen.“

Die Bewegung „Seebrücke“ gründete sich Ende Juni 2018, als die „Lifeline“ mit 234 Menschen an Bord tagelang im Mittelmeer auf hoher See ausharren musste und in keinem europäischen Hafen anlegen konnte. Die Seebrücke mit ihren zahlreichen Lokalgruppen in deutschen, Schweizer und österreichischen Städten engagiert sich "gegen die Kriminalisierung von Seenotrettung" und dagegen, dass "das Sterben vieler tausender Menschen von Politiker*innen in Europa billigend in Kauf genommen wird". Der Kampagne "Sichere Häfen" der Seebrücke haben sich bislang 169 deutsche Städte angeschlossen und die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge angeboten. In Göttingen führte die Lokalgruppe der Seebrücke einen entsprechenden Beschluss des Stadtrates herbei. Marburgs Oberbürgermeister Thomas Spies ist einer der ersten führenden Kommunalpolitiker*innen, der sich für die Ziele der Seebrücke und die Kampagne Sichere Häfen engagierte. Unter anderem mit zwei offenen Briefen an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Innenminister Seehofer, in denen er im September 2018 die Abschottungspolitik der EU gegenüber Flüchtlingen kritisierte und die Aufnahme von mehr Flüchtlingen in Marburg anbot. Bislang hat der

Göttinger Friedenspreis 2021
Mechthild Thürmer, Seebrücke und
Dr. Thomas Spies

**GÖTTINGER
FRIEDENSPREIS**
STIFTUNG DR. ROLAND RÖHL



Bundesinnenminister sämtliche Aufnahmeangebote deutscher Städte abgelehnt und inzwischen auch den zur Aufnahme bereiten Bundesländern Berlin, Thüringen und Saarland eine Absage erteilt. Das Engagement der Preisträger ist umso notwendiger, da Deutschland und die EU in den letzten Jahren eine immer restriktivere Flüchtlings- und Asylpolitik praktizieren. Nach der zeitweisen Öffnung der Grenzen insbesondere für syrische Flüchtlinge im Jahr 2015 haben Deutschland und andere EU-Staaten ihre nationalen Asylbestimmungen erheblich verschärft. Besonders betroffen sind Flüchtlinge aus Afghanistan, denen in großer Zahl ein sicheres Bleiberrecht sowie der Nachzug von Familienmitgliedern verwehrt wird, und die unter Zwang abgeschoben werden. Gerechtfertigt wird diese schikanöse Praxis mit der falschen Behauptung, es gebe sichere Regionen in Afghanistan, in die diese Menschen zurückkehren könnten. Die von der EU etablierte Frontex-Agentur geht immer offensiver und mit rechtswidrigen Methoden gegen Flüchtlinge im Mittelmeer vor und ist verantwortlich für den Ertrinkungstod vieler tausend Menschen. Längst verstößt die Politik der EU-Mitgliedsstaaten zur Abschottung der Grenzen und Abwehr von Flüchtlingen nicht nur gegen den Geist sondern auch gegen die Buchstaben der 70 Jahre alten Genfer Flüchtlingskonvention sowie anderer internationaler menschenrechtlicher und humanitärer Normen. Die Jury hofft, dass durch die Auszeichnung der diesjährigen Preisträger*innen noch mehr Menschen zu deutlichem Widerspruch und aktivem Engagement gegen die herrschende Flüchtlings- und Asylpolitik ermutigt werden.